

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 31
Dezember 2017

Den Problemen der Menschen widmen

DIE LINKE in Hessen und Marburg geht mit starkem Rückenwind ins Wahljahr 2018

Gastkommentar



Foto: Nico Biver

▲ Protest der LINKEN gegen Miethaie im Frühjahr 2017

Die schwarze Ampel aus CDU, CSU, FDP und Grünen ist vorerst gescheitert. Die SPD hat den erneuten Weg in die Große Koalition geebnet. Aber egal zu welcher Konstellation es in Berlin kommen mag, zentrale Probleme, wie Niedriglöhne, Wohnungsnot und wachsende soziale Ungleichheit, die sehr vielen Menschen unter den Nägeln brennen, spielen in den Verhandlungen keine Rolle. Auch ein Einsatz für Abrüstung und eine friedliche Außenpolitik, Antworten auf den Klimawandel und ein humanitärer Umgang mit Flucht- und Migrationsbewegungen ist von einer kommenden Bundesregierung kaum zu erwarten.

DIE LINKE hat über die weitere Entwicklung nicht zu entscheiden. Wir werden einer Großen Koalition oder einer Minderheitsregierung Paroli bieten. Falls es doch noch zu Neuwahlen kommt, wird DIE LINKE mit aller Kraft für einen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit, Frieden und einen sozialökologischen Umbau kämpfen und klare Kante gegen rechts zeigen.

Die Ergebnisse bei der Bundestagswahl geben uns Rückenwind auch für die Landtagswahl im kommenden Jahr. Seit fast zehn Jahren ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Landtag vertreten. Der Einsatz für mehr bezahlbaren Wohnraum wird für uns im Mittelpunkt stehen. In

den Ballungszentren fressen die Mieten einen wachsenden Anteil der Einkommen von Arbeiter- und Angestelltenfamilien, von Alleinerziehenden oder finanziell schlechter Gestellten auf. Auch Marburg befindet sich leider in dieser Hinsicht auf Großstadtniveau. DIE LINKE fordert daher für Hessen den Bau von 10.000 Sozial- und 2.000 Studierendenwohnungen jährlich.

Zu den landespolitischen Eckpunkten der LINKEN zählt auch der Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs. Gerade unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten gilt es, diese Verkehrsmittel billiger zu machen und auf einen Nulltarif hinzuwirken.

In allen politischen Programmen geht es aber auch um die finanziellen Mittel zu ihrer Verwirklichung. Das Land Hessen muss eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer anschieben. Soziale Gerechtigkeit geht einher mit Steuergerechtigkeit. Dazu gehört die höhere Besteuerung von großen Vermögen.

Das kommende Jahr wird also einige Herausforderungen bieten. Die hessische LINKE ist auf dem Weg.

Jan Schalauske

Keine Schleifen für Kriegseinsätze

Die Bundeswehr hat ein Image-Problem. Auslandseinsätze sind unpopulär und die Zahl der Freiwilligen geht zurück. Die Truppe beklagt fehlenden Beifall. Mit der „Aktion Gelbe Schleife“ versucht man, den Schulterchluss zwischen der Interventionsarmee und der kommunalen Politik herzustellen.

Nachdem im Landkreis mit kräftiger Unterstützung der Landrätin diese PR-Kampagne eher erfolgreich lief, beantragten jetzt FDP/MBL im Stadtparlament, auch Marburg solle sich mit gelben Schleifen schmücken, um die „Wertschätzung“ für die Soldaten der „Division Schnelle Kräfte“ zu zeigen. Die Aktion zur Imageverbesserung der Bundeswehr ist nun vor den Toren Marburgs zum Stehen gekommen: Außer FDP/MBL stimmte nur die CDU dem Antrag geschlossen zu. Bei Linken, Grünen und dem Piraten hatte es ohnehin keine Sympathie dafür gegeben, die SPD-Fraktion stellte sich nach intensiver Diskussion auf die Seite derer, die in Marburg friedenspolitische Zeichen für angemessener halten, als den Angehörigen einer Truppe zu huldigen, die den Völkern der Welt durch militärische Taten in Erinnerung bleiben wird.

Nach einer sachlichen Aussprache lehnte eine deutliche Mehrheit den Antrag ab. Die Marburger Friedensbewegung hat mit Argumenten, die sie mit Flyern, Briefen und persönlichen Gesprächen an alle einzelnen Stadtverordneten herantrug, kräftig zu diesem Erfolg beigetragen.

-der

DIE LINKE bilanziert erfolgreichstes Jahr

DIE LINKE konnte auf ihrem Kreisparteitag vom 25. November im Haus der Ketzerbachgesellschaft auf ihr bisher erfolgreichstes Jahr zurückblicken. Sie verzeichnete Rekorde bei Neumitgliedern (59) und bei den Wahlergebnissen.

Wichtigstes Ziel des Kreisverbandes für 2018 ist der Wiedereinzug der LINKEN in den Hessischen Landtag. Die Mitglieder sprachen sich in einer Resolution einstimmig dafür aus, Jan Schalauske auf Platz 2 der Landesliste zu wählen.



Foto: Thimo Jacob Brestel

▲ Neuer Kreisvorstand der LINKEN: Stefanie Wittich, Philip Kaufmann, Ingeborg Cernaj, Andrea Sollwedel, Inge Sturm (Vorsitz), Patrick Ölkrug, Christian Bubel (Vorsitz), Maximilian Peter, Dieter Kloszowski (Schatzmeister). Nicht abgebildet: Sebastian Chwala

Aufwertung nach Verdichtung!

Magistrat lehnt Entwicklungskonzept des Richtsberger Ortsbereirats ab

In den letzten Jahren ist vor allem am unteren Richtsberg viel nachverdichtet worden. Die neuen Bewohner/innen sind in die Gebäude bereits eingezogen. In dem Baugebiet, das Ende der 50er Jahre „Beltershäuser Straße“, später „Schlammhausen“ und anschließend der untere Richtsberg hieß, entstanden 850 Sozialwohnungen. Seinerzeit wurde genau auf eine soziale Durchmischung in den Wohnquartieren geachtet. Menschen am

gesellschaftlichen Rand fanden dort ebenso eine Heimat, wie Arbeiter und Angestellte, Lehrer und Politiker oder Selbstständige. Dies gilt es auch heute unbedingt im Auge zu behalten.

Erinnert sei an die Auseinandersetzung um die Bebauung am Vitosareal. Nun soll es im kommenden Jahr losgehen. Neben acht Stadtviellen im privaten Wohnungsbau sollen nochmals neunzig sozial geförderte Wohnungen entstehen.

Besonderes Augenmerk liegt nun für die Marburger Linke darauf, die Lebens- und Umfeldqualität zu erhalten und zu steigern. Wenn man sich in den Außenanlagen aufhalten will, braucht man Ruheoasen mit Bänken genauso wie Pavillons, Grillplätze und Spielmöglichkeiten auf Freiflächen, wie beispielsweise Schach. Vorstellbar wäre auch die Entwicklung hin zu einer „essbaren Stadt“, also zu einer lebendigen und produktiven Stadtlandschaft im Kontext von „urban gardening“. Solche Maßnahmen könnten die Le-

bensqualität der Bewohner/innen erheblich verbessern. Unerlässlich ist, dass nicht nur die Wohnbauten in den Blick genommen werden, sondern das gesamte Umfeld.

In enger Anlehnung an einen Beschluss des Ortsbeirats Richtsberg hat die Marburger Linke einen entsprechenden Antrag ins Stadtparlament eingebracht, der ein Entwicklungskonzept für Marburgs größten Stadtteil vorsieht. Nun ging vonseiten des Magistrats ein unglaubliches Geeiere los. Für den Richtsberg werde schon so viel getan, ein Gesamtplan für die Stadt müsse erst her und, und, und... Fazit: Man will einfach nicht. Schade für den Richtsberg.

Tanja Bauder-Wöhr



Foto: Nico Biver

▲ Der obere Richtsberg vom Spiegelslustturm aus gesehen

Baby-Boom verschlafen

Kita-Ausbau bleibt hinter Bedarf weit zurück

Anfang November wurde öffentlich eingestanden, was die Spatzen schon lange von den Dächern pfeifen und wovor die Fachleute seit Jahren warnten: In Marburg gibt es deutlich zu wenig Kita-Plätze. Hauptursache ist ein rasanter Geburtenanstieg von 571 (2014) über 625 (2015) auf 675 (2016). 2017 wird die Zahl ähnlich hoch sein. Da die Platzkapazitäten langjährig auf den Durchschnitt von rund 560 Kindern pro Jahr ausgelegt sind, standen schon 2016 über 30 Kinder auf den Wartelisten: Nächstes Jahr werden über 100 Plätze fehlen. Das ging aus einer kleinen Anfrage der Marburger Linken im Stadtparlament hervor.

Obwohl Magistrat und GroKo das alles wissen, passierte nichts. Im Sommer 2017 wurde allerdings das sog. KiBaP (Kindertagesstätten-Bau-Programm) auf den Weg gebracht. In den Jahren von 2018 bis 2022 sollten insgesamt ca. 7,5 Mio. Euro vorwiegend für die Sanierung bestehender Einrichtungen ausge-

geben werden. Der Bedarf sei durch den Ausbau in der Vergangenheit gedeckt, so die Begründung. Auf Anfrage der Fraktion Marburger Linke kam jedoch zutage, dass die Stadt von 2012 bis 2016 mehr als 16 Mio. Euro (+ 1 Mio. für Bauunterhaltung) in den Kita-Ausbau investiert hat. Das KiBaP ist also in Wahrheit eine Kürzung in diesem Bereich um mehr als 50 Prozent!

Auch die eilig zusammengeschusterte Magistratsvorlage für das Stadtparlament im November 2017 belegt ungewollt die Untätigkeit der GroKo. Sie listet zwar die 2015 und 2016 erfolgten Ausbaumaßnahmen auf, ebenso die für 2018 und 2019 geplanten Aktivitäten, für 2017 jedoch überhaupt nichts.

Man darf gespannt sein, ob der Magistrat im neuen Haushaltsentwurf 2018 mehr Mittel ausweist und wie auf den immer deutlicher werdenden Fachkräftemangel reagiert wird. Die Marburger Linke wird auf spürbare Verbesserungen dringen. Roland Böhm

Nordstadt bleibt autogerecht

Maßnahmen für Rad- und Fußverkehr auf langer Bank

Lauscht man Oberbürgermeister Spies, könnte man meinen, wir lebten im Umweltparadies: gezähmter Pkw-Verkehr, Vorfahrt für Rad-, Bus- und Fußverkehr. Allein die Wirklichkeit steht dazu in krassem Gegensatz. Jüngstes Beispiel: Nordstadt. Erst wird ein detaillierter Plan zur Aufwertung des Viertels vorgestellt mit Verengung der Pkw-Spuren, Umweltspur für Busse und Rad, Radverkehr entgegen der Hauptrichtung. Zudem viele kleinere und größere Umbauten zwischen Bahnhofstraße und Pilgrimstein. Immerhin rechnet man mit 6.000 Uni-Angehörigen mehr. Dann lässt Spies die Katze aus dem Sack: keine Verkehrsberuhigung in der Elisabethstraße im nächsten noch im übernächsten Jahr, vielleicht als Endlosschleife – wie seit 20 Jahren.

Als Vorwand dient diesmal die Sperrung der Weidenhäuser Brü-

cke wegen Renovierung. Da sei den Pkw-Fahrer/innen nichts weiter zuzumuten. Statt hier eine Chance zu sehen, z.B. durch einen Busshuttle mehr Autofahrer/innen zum Umsteigen zu bewegen, wird selbst Tempo 30 verweigert. Welchen Unterschied macht es, ob man in der Robert-Koch- oder in der Elisabethstraße im Stau steht? Es fahren einfach viel zu viele Pkws in der Stadt. Genau da wollen Spies und Bürgermeister Stötzel nicht ran.

Spies erweist sich wieder einmal als Verlautbarungs-OB, dem der Mut oder der Wille zur Tat fehlt. Indes, ganz untätig bleibt er nicht. Autonomes Fahren und Parkhausausbauten sind anvisiert, Ausgaben für den Fuß- und Radverkehr aber werden eingespart. Verantwortungsvolles Handeln, Schutz der Marburger vor Lärm, Gestank, Raserei und Unfallgefahren sieht anders aus.

Henning Köster



Foto: Godela Linde

▲ In der westlichen Bahnhofstraße fehlen weiterhin Radsuren in beide Richtungen und genug Platz für Wartende an der Bushaltestelle

Schülerticket umsonst für alle!

Stadtparlament fordert Nachbesserung vom Land

Das Land Hessen wird von der Stadt Marburg aufgefordert, das neue landesweite Schülerticket auch für Schüler/innen kostenlos zugänglich zu machen, die innerhalb eines Radius' von drei Kilometern um ihre Schu-

le herum wohnen. Sie müssen gegenwärtig 365 Euro für das Schülerticket bezahlen. Eine solche Ungleichbehandlung ist vor allem deshalb nicht gerechtfertigt, weil das Ticket explizit auch für Freizeitunternehmungen gilt.

Dieser Beschluss des Stadtparlaments geht auf einen Antrag der Marburger Linken zurück und wurde von SPD, Grünen und CDU unterstützt. Die Stadt Marburg wird sich nun beim Land Hessen dafür einsetzen, dass diese Ungleichbehandlung behoben wird.

Zudem erscheint der Ausbau des ÖPNV aus sozial- und umweltpolitischen Gründen notwendig. Dazu gehört nicht nur eine Verbesserung des logistischen Angebots, sondern auch eine möglichst weitgehende Vergünstigung von Tickets. Die Ausweitung der Regelung auf alle Schüler/innen ist dafür ein wichtiger Schritt und kommt dem Ziel eines ÖPNV zum Nulltarif näher. *Jonathan Schwarz*



Foto: Nico Biver

▲ **Fraktion der Marburger Linken im Stadtparlament**

Angst- oder Begegnungsraum?

Stimmungsmache um Lahnterrassen löst keine Probleme

Im Herbst 2017 gerieten die Lahnterrassen an der Mensa in die lokalen Schlagzeilen. Sie wurden als „massiver Kriminalitätsschwerpunkt“ (FDP) bezeichnet, von Diebstählen, Schlägereien von Flüchtlingen, Drogen bis hin zur Prostitution war die Rede. Auch andere konservative Parteien im Stadtparlament taten sich in dieser Richtung hervor. Ein „Angstraum“ war entstanden. Die Gefahr sei gegeben, Grenzen zu rechtspopulistischer Stimmungsmache zu verwischen, so der linke Stadtverordnete Henning Köster.

Auch der Ortsbeirat Weidenhausen beschäftigte sich zweimal in kontroverser Debatte mit dem Thema. Ordnungsamt und Polizei widersprachen dort dem Eindruck, dass es hier verstärkt zu Kriminalität komme. Dennoch gab es Vorfälle und die Besorgnisse der Bürger/innen dürfen nicht unter den Tep-

pich gekehrt werden. Aber wie damit umgehen? Die einen reagierten mit dem Ruf nach mehr Polizei, dauerhaft, 24 Stunden am Tag, Videoüberwachung usw.

Die Marburger Linke geht demgegenüber davon aus, dass, besonders wenn Alkohol im Spiel ist, die Gefahr auch von gewalttätigem Streit besteht. Daher ist es sinnvoll, den öffentlichen Verkauf von Alkohol in den Abendstunden einzuschränken. Öffentliche Plätze sind erforderlich, an denen sich Jugendliche und Erwachsene jedweder Herkunft treffen und ihre Freizeit verbringen können. Sinnvoller wäre daher ein wissenschaftlich fundiertes Sicherheitskonzept, flankiert von einem starken Schwerpunkt in der Gewaltprävention sowie entsprechender sozialpädagogischer Arbeit, gegebenenfalls auch kurzfristige Maßnahmen, wie bessere Beleuchtung. *Martin Gronau*



Foto: Andrea Soltwedel

▲ **Der Walter-Voß-Weg, benannt nach dem früheren NS-Oberbürgermeister, erhielt Anfang November den neuen Namen „Katharina-Eitel-Weg“, nach einer Marburger Künstlerin mit sozialem und völkerverbindendem Engagement. Damit wurde auf Initiative der Marburger Linken ein weiterer brauner Fleck in der Geschichte der Stadt getilgt. Redner Henning Köster neben Amnon Orbach (r.).**

Die Versuchung der großen Zahl

Unfaire Praktiken gegen Opposition im Stadtparlament

Seitdem sich die SPD mit CDU und BfM verhandelt hat, verfügt Mitte-Rechts im Marburger Stadtparlament über eine satte Mehrheit. Da erliegen die Magistratsfraktionen schon mal der Versuchung, eine unliebsame Debatte einfach wegzustimmen. So geschehen, als es im Umweltausschuss um einen Antrag der Marburger Linken zum geplanten Radweg auf die Lahnberge ging. Dem Magistrat war das Thema offenbar zu heikel. Also wurde der Antrag per Abstimmung für erledigt erklärt. Basta. Nur weil die Marburger Linke sich das nicht gefallen ließ, ruderte man zurück.

Auch im Stadtparlament gab es schon mehrfach Versuche, über die Geschäftsordnung zu tricksen. Ganz formal erfolgt das im Rahmen des gerade noch Erlaubten. Aber der parlamentarischen Debatte und der damit verbundenen Politikfindung für Marburg tut es nicht gut.

Nun arbeitet eine interfraktionale Arbeitsgruppe an einer neuen Geschäftsordnung. In den Köpfen der Mehrheit spukt eine drastische Reduzierung der Redezeiten für die Fraktionen. Das schränkt besonders die Opposition ein, denn die haupt-

amtlichen Magistratsmitglieder der Koalition können zeitlich unbegrenzt zu jedem Thema sprechen. Die Oppositionsfraktionen müssen aber die Möglichkeit haben, im Parlament differenziert zu argumentieren. Sollte es nicht so sein, dass der Magistrat aufs Parlament hört und nicht umgekehrt? *Renate Bastian*

Stadt gedenkt Opfer der Marburger Jäger

Im Januar 2019 jährt sich zum 100sten Mal eine weitere Gewalttat der Marburger Jäger. Die in Königshütte (Chorzow/Polen) stationierte Einheit erschoss damals 16 Arbeiter und verletzte weitere 21, um „Oberschlesien vor den Spartakisten und Polen für das Deutschland“ zu retten.

Auf Initiative der Marburger Linken beschloss das Stadtparlament ein öffentliches Gedenken für die Opfer. Vonseiten des Kulturamtes wurde allerdings eingeschränkt, dass möglicherweise die beschlossene Gedenkinstallation für die Opfer der Marburger Jäger im Schülerpark zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellt ist. *Inge Sturm*

DIE LINKE. hilft! **Soziale Rechtsberatung**
Am 1. Freitag im Monat, 15.00-17.00 Uhr
Büro der Linken, Bahnhofstr. 6, Marburg
Vorankommen unter 06421-163873

Das Letzte

Wie hoch ist niedrig?

Die Suche nach dem „strukturellen Haushaltsdefizit“, mit dem Oberbürgermeister Spies Haushaltskürzungen und den Koalitionswechsel zur CDU begründet hatte, erweist sich weiterhin als schwierig. Der jetzt veröffentlichte Haushaltsjahresabschluss 2016 und eine Prüfung der Haushaltsstruktur durch den Hessischen Rechnungshof waren eher Belege dafür, dass die Marburger Finanzen gesund sind.

Im Stadtparlament wies Jan Schalauske darauf hin, dass der Rechnungshof Marburg seit Jahren eine stabile Haushaltssituation bescheinigt. Er kritisierte u.a., dass durch die zeitweise Absenkung (2008-2015) des Gewerbesteuerhebesatzes von 400 auf 370 Punkte 50 Mio. Euro verschonkt wurden und dass die Stadt ihn nicht – wie vom Rechnungshof vorgeschlagen – auf 430 Punkte erhöhen will.

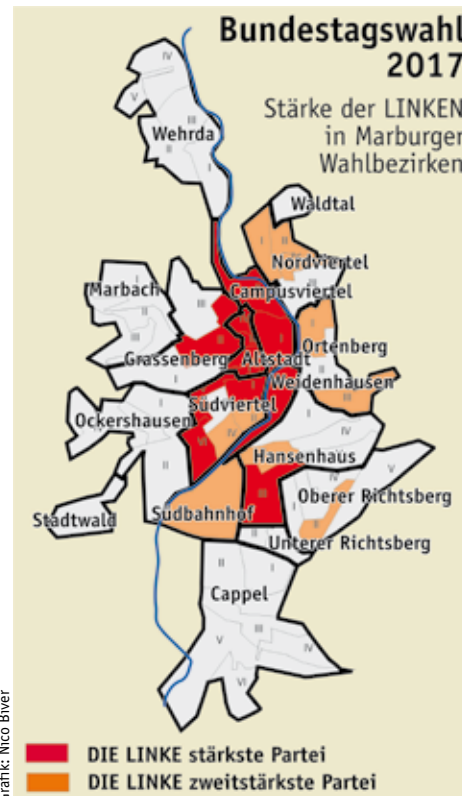
In den letzten Jahresabschlüssen nimmt die Argumentation des Oberbürgermeisters gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes immer mehr Platz ein. Ende 2016 war noch von einem „attraktiven Gewerbesteuerhebesatz“ in Marburg die Rede und es hieß, dass das Niveau von 400 Punkten „im Bundesvergleich der Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern als sehr niedrig einzuschätzen“ sei. Nachdem die Linke dies als Argument für eine Erhöhung ins Feld geführt hatte, wurde im letzten Jahresabschluss der Text nachgebessert. Der gleiche Hebesatz ist jetzt nicht mehr „attraktiv“ und es heißt jetzt, er sei „im Bundesvergleich ... als knapp unter dem Durchschnitt einzustufen“.

Mit dieser Position begibt sich die SPD/CDU/BfM-Koalition erst recht auf dünnes Eis. Wenn der Abstand des Marburger Hebesatzes (400) zum durchschnittlichen (442) als „knapp“ gilt, spricht doch nichts dagegen, ihn auf das bundesweite Niveau anzuheben.

Nico Biver

Marburg errötet

DIE LINKE erzielte Rekordergebnis bei Bundestagswahl



Grafik: Nico Biver

Die Marburger Wählerinnen und Wähler haben der LINKEN ein Ergebnis beschert, das kaum jemand erwartet hatte: 16,4 Prozent! Sie überholte die Grünen und kam auf Schlagdistanz zu CDU und SPD. Dem entsprechen überdurchschnittliche Verluste von SPD und Grünen. Für die SPD, die seit Jahrzehnten erstmals hinter der CDU landet, ist es das schlechteste Ergebnis seit der Wei-

marer Republik und für die Grünen seit 1990. Die AfD erreichte zwar 7,1 Prozent, liegt aber unter dem Marburger Schnitt bei der Kreiswahl. Die Koalitionen, die die Grünen auf Landesebene und – seit kurzem – die SPD auf Stadtebene mit der CDU geschlossen haben, dürften deren Ergebnisse zum Teil erklären. Allerdings gelang es der LINKEN nicht, die Verluste von SPD und Grünen vollständig wettzumachen.

Insgesamt konnte DIE LINKE mit ihren Forderungen nach einer sozial gerechten Wirtschafts- und Finanzpolitik, nach einer Beendigung der Bundeswehreinräufe und Waffenexporte sowie nach einer menschlichen Flüchtlingspolitik verstärkt bei Jugendlichen punkten. Direktkandidatin Lise Kula überzeugte in vielen Podiumsdiskussionen und auf der Straße und erreichte in Marburg mit 13,5 Prozent der Erststimmen den dritten Platz – ebenfalls ein Rekordergebnis.

DIE LINKE legte fast überall zu, vor allem in der Innenstadt, in den

stark von Studierenden bewohnten Vierteln: Sie erreichte über 30 Prozent in Weidenhausen, über 25 in der Altstadt und im Campusviertel und über 20 am Südbahnhof, Nordviertel und Südviertel. In zwölf Wahlbezirken wurde sie stärkste Partei und in zehn zweitstärkste.

Nicht nur in Marburg hat DIE LINKE das beste Ergebnis ihrer Geschichte erreicht, sondern mit 10,2 Prozent auch im Landkreis. In keiner Stadt im Westen schnitt DIE LINKE besser ab als in Marburg.

Im Land Hessen verbesserte sich DIE LINKE auf 8,1 Prozent, ein Ergebnis, das ein erfolgreiches Abschneiden bei der Landtagswahl 2018 erwarten lässt.

Nico Biver

Termine

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

- ▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats. Nächste am 18. Januar 2018, 19.30 Uhr
- ▶ **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr
- ▶ DIE LINKE. **Kreis AG** freitags, 15.30 Uhr
- ▶ Studierendenverband **SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de
- ▶ Stammtisch der **LINKEN Marburg** 1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantwort.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Hajo Zeller
Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 11.12.2017

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Ergebnisse der Bundestagswahl in Marburg

